

schaubühne am lehniner platz

Mehr Gerechtigkeit wagen

Nicht die Demokratisierung ist das Problem, die Profiteure der Globalisierung sind es – eine Antwort auf Herfried Münkler

von Thomas Ostermeier

Es ist natürlich eine sehr griffige Formulierung, zu behaupten, dass die Demokratie durch Demokratisierung zerstört wird oder, um es etwas genauer zu formulieren: Mehr Demokratie im quantitativen Sinne bedeute noch keine verbesserte Demokratie. Aber gehen wir erst einmal den Gedanken mit, dass unsere Demokratie durch mehr Demokratisierung bedroht ist.

Unsere Probleme haben sich internationalisiert, wir haben, wie Herfried Münkler ja auch sagt, versucht, auf diese Internationalisierung mit einem EU-Parlament oder G20-Treffen zu reagieren. Und Münkler beschreibt sicher zutreffend, dass nationale Parlamente und Regierungen an transnationale Regierungen Kompetenzen abgegeben haben.

Die Globalisierung ist, wie schon oft erörtert, natürlich keine Liberalisierung der Märkte in dem Sinne, dass alle Länder der Welt am freien Markt partizipieren und so reicher werden können. Sondern sie ist der Versuch einiger westlicher Nationalstaaten, Märkte in der zweiten oder dritten Welt als Absatzmärkte zu öffnen, um ihre eigenen Nationalökonomien reicher zu machen. Ein Beispiel dafür wären die Schutzzölle, die die USA vor einigen Jahren auf Stahl erhob, um so den Markt ihrer eigenen Stahlindustrie vor anderen Ländern zu schützen. Oder die Tatsache, dass durch die Agrarsubventionen die EU-Bauern ihre gefrorenen Hühnerschenkel nach Afrika verkaufen können, zu so billigen Preisen, dass sie die afrikanischen Binnenmärkte zerstören. Oder der Umstand, dass Patente auf indische oder chinesische Reissorten von westlichen Firmen angemeldet werden, so dass die Bauern Asiens in Bedrängnis gebracht werden, da sie für diesen patentierten Reis bezahlen müssen.

Globalisierung bedeutet im Ergebnis immer, einige zu begünstigen und andere zu übervorteilen. Schwächere Märkte zu zerstören, damit sich ohnehin schon starke Wirtschaftsnationen mit ihren Märkten ausbreiten können. Wenn dem nicht so wäre, würde der Westen die Globalisierung nicht vorantreiben.

Die Frage der Gerechtigkeit



In der Frage nach Gerechtigkeit, Ungerechtigkeit und danach, wie man erstere befördert und zweitere in den Griff bekommt, liegt das Problem. Zu glauben, dass die Demokratisierung auf der Ebene des EU-Parlaments unsere Demokratie bedroht, scheint in den Ausführungen von Münkler zunächst nachvollziehbar. Ich denke jedoch, die Ungerechtigkeit in der Welt bedroht die Demokratie genauso stark. Also müsste man an die Wurzeln der Frage nach Profiten auf Kosten anderer, der Frage danach, wie es sein kann, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr öffnet.

Was Münkler beschreibt, ist ein Defekt der FORM der Demokratie. Im Hintergrund dieses Defekts liegt das Problem der sozialen Gerechtigkeit.

Die missglückten EU-Wahlen, die den Populisten Stimmengewinne zuspielte, sind nur Symptom eines wesentlich größeren Problems: An eine Antwort auf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit scheint der Großteil der Menschen nicht mehr zu glauben. Dieses Ohnmachtsgefühl führt über kurz oder lang zu Zynismus und sucht sich Ventile. Das sind dann eine EU-Wahl oder ein Referendum, in denen die Beteiligten aber, glaube ich, gar nicht das Gefühl haben, mehr Demokratie zu wagen – sondern nur noch ihrer zynischen Verzweiflung und dem Gefühl, »die da oben machen doch sowieso was sie wollen«, durch Denkmittel-Wahlen Ausdruck verleihen. Wie sollte man diesen Zynismus nicht verstehen können?

Vor wenigen Jahren wurde den Bürgern dieses Landes klar gemacht, dass »der Gürtel enger geschnallt« werden müsse. Es sei Zeit für Agenda 2010 sowie Hartz IV, um die Haushaltsbudgets gesund zu sparen. Heute werden diese Haushalte in ungeahnter Höhe überzogen, um die Banken und das globale Finanzsystem zu retten. Wer sollte da nicht auf die Idee kommen, dass die Finanzbosse und die Lobbyisten eines ungebremsten Kapitalismus regieren? Wer jetzt noch glaubt, Politiker und Parlamente würden entscheiden, wo es lang geht, der hat wirklich ein unerschütterliches Vertrauen in die Kraft unserer demokratischen Repräsentationsorgane.

Nein, und hier pflichte ich Münkler wie schon erwähnt bei: Nationale Parlamente sind zunehmend ersetzt worden durch transnationale Gremien, ohne dass diese aber demokratisch legitimiert wären. Das ist allerdings keine Folge davon, dass mehr Demokratisierung gewagt wurde, sondern eben das Ergebnis von Globalisierung und Chicagoer Schule.

Ich kann mich auch an kein Referendum in den westlichen Demokratien erinnern, das sich mit dieser Frage beschäftigt hätte. Sonst hätten wir wahrscheinlich schon längst die Tobin-Steuer oder ein Gesetz, das die Boni-Auszahlung an Manager in für alle erträglicher Art und Weise reglementiert.



Warum spricht Münkler eigentlich, wenn er die NGOs erwähnt, so wenig von Attac, die sich meines Wissens nicht durch Bilder versuchen zu positionieren, sondern tatsächlich traditionelle Aufklärungsarbeit durch Argumente, das »Wort«, versuchen.

Aber ich kenne auch andere Beispiele für sinnvolle Arbeit von NGOs, so z.B. das einer Frau in Palästina, die versucht, gegen die Besetzung des Westjordanlands durch die israelische Armee vor der UNO zu klagen. Natürlich braucht sie dafür Geld, und natürlich ist sie von Spenden abhängig. Dass diese Struktur der NGOs die Gefahr einer Aristokratisierung und Oligarchisierung in sich birgt, stimmt, ist aber auch geschenkt, da man auch Ähnliches von Parteien sagen kann. Sind Parteien also ebenso undemokratisch? Sind sie nicht ebenso von der Gefahr der Aristokratisierung bedroht, wie es Münkler von den NGOs behauptet? Und leben sie nicht auch von Spendengeldern?

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Noch ein zweiter Punkt zum Strukturwandel. Herfried Münkler suggeriert, die Abhängigkeit der modernen Mediendemokratie vom »Bild« gegenüber dem »Wort« sei das Ergebnis von »mehr Demokratie wagen«. Es handelt sich aber in Wahrheit um eine Veränderung der FORM der Auseinandersetzung INNERHALB der Demokratie. Es ist ein Strukturwandel der Öffentlichkeit.

Dieser Strukturwandel hat verschiedene Gesichter: das Internet und der Einfluss der Medien auf die Politiker, die ihnen dauernd Häppcheninformationen abverlangen, schwächen die Demokratie, weil das forcierte Tempo eine ernstzunehmende Beantwortung der Fragen, an denen Bürger beteiligt und informiert sein wollen, kaum zulässt. Die Veränderungen, die Münkler beschreibt, treffen zu, doch ist niemand bewusst aufgebrochen, um die Phänomene der Mediendemokratie zu schaffen, um »mehr Demokratie zu wagen«. Die Gründe waren ganz andere: So lassen sich Bilder besser verkaufen, weil sie leichter zu konsumieren sind. In einem leicht zu konsumierenden Umfeld lässt sich Werbung besser platzieren. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen könnte darauf reagieren, indem es ein deutlich von den Privaten abgegrenztes Programm macht. Stattdessen herrscht auch dort der Wahnsinn des Quotendrucks, der mittlerweile auch bis in die Theaterleitungen und Kulturverwaltungen diffundiert: Gut ist nur noch das, was sich auch gut verkaufen lässt.

Die Ursache für die Veränderungen in der Mediendemokratie ist allerdings nicht Willy Brandts Diktum von »mehr Demokratie wagen«. Ich glaube ohnehin, dass es keine direkte Linie von Willi Brandts Losung hin zu den Verwerfungen gibt, die Münkler beschreibt. Brandts Devise führte in den 70er Jahren zu Gesamtschulen; zu einem arbeitnehmerfreundlicherem Betriebsverfassungsgesetz; zum Versuch, Frauen in der



Arbeitswelt den Männern gleichzustellen; zur Entspannung in der Ost-West-Politik. Alles ohne Zweifel Schritte hin zu einer größeren Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft: zu einer »besseren« Demokratie. Was Münkler beklagt, sind vielmehr die Ergebnisse eines fundamentalen Wandels des Zeitgeistes, der in den hedonistischen 80er Jahren begann, in der Spaßkultur der 90er seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte und in den 00er Jahren in Politikverdrossenheit mündete.

Und noch ein letzter Satz zu den NGOs. Nach Münkler kranken sie an dem, woran sie gesunden: Am Erfolg der Bildpolitik, die sie gut aussehen lässt. Aber liegt in dem Produzieren der Bilder durch Greenpeace, die durch Einsatz von Leib und Leben hergestellt werden, nicht auch ein großer Akt der Verzweiflung? Wäre es den Greenpeace-Aktivisten nicht auch lieber, sie könnten durch direkte Demokratie erreichen, dass das umgesetzt wird, was viele auf der Welt sich wünschen: Dass wir den Profiten der Industrie nicht die Zukunft unseres Planeten opfern?

Eins steht für mich jedenfalls fest: Wenn unsere Demokratie demokratischer wäre und sich mehr um Fragen von Vernunft und Gerechtigkeit als um die Frage der besseren Ausbeutung der Märkte kümmern würde, müsste Münkler nicht von einer Bedrohung der Demokratie durch Demokratisierungsversuche sprechen.

Veröffentlicht in Theater heute, Ausgabe 04/2010 als Antwort auf einen Vortrag von Herfried Münkler im September 2009 im Hebbel am Ufer »Wenn die Hoffnung zum Debakel wird: Über die Zerstörung der Demokratie durch Demokratisierung«, erschienen in Theater heute, Ausgabe 03/2010.

